

DELEGIERTENVERSAMMLUNG LPV Historische Wahl



Erstmals steht eine Frau an der Spitze des SEV-Lokpersonals! Diese Wahl ist ist umso historischer, als der Frauenanteil in diesem Beruf erst etwa 4 Prozent beträgt. Hanny Weissmüller, 47, zweisprachige SBB-Lokführerin aus dem Wallis, wurde von den LPV-Delegierten am Montag im Olympischen Museum in Lausanne einstimmig gewählt. Sie übernimmt die gewerkschaftliche Flamme vom bisherigen Zentralpräsidenten Hans-Ruedi Schürch. Hanny ist ihren Kolleg/innen sehr dankbar für ihr Vertrauen und will den Beruf wieder attraktiv machen. ysa / Ff

ROTE SBB-ZAHLEN WEGEN CORONA

Jetzt kein Schnellschuss

SEV Die SBB hat am 10. September ihre Bilanz des ersten Halbjahres präsentiert. Sie schreibt einen Verlust von 479 Mio. Franken wegen der Coronakrise. Im Lockdown sind die Erträge stark zurückgegangen, während die Kosten wegen der Weiterführung des Grundangebots nur leicht sanken. Seit Juni nehmen die Passagierzahlen wieder zu, doch die SBB erwartet wegen Corona mittelfristig Auswirkungen auf das Mobilitätsverhalten.

«Trotz der roten Zahlen darf man jetzt nicht den Kopf verlieren», unterstreicht SEV-Vizepräsidentin Barbara Spalinger. «Die Bahn ist ein langfristiges Geschäft, deren Wert in der Jahresbetrachtung nur unzureichend dargestellt werden kann.»

Für den SEV zeigt sich dies exemplarisch am Lokführermangel. «Zwar hat die SBB endlich zugegeben, dass sie grobe Planungsfehler bei der Prognose ihres Personalbedarfs gemacht hat. Dies ist ein guter erster

Schritt. Aber nun geht sie die schwierige Finanzlage aufgrund von Corona an, als ob es kein Morgen gäbe», ärgert sich Spalinger. «Mitarbeitende sollen Opfer bringen. Gleichzeitig mit der Weiterentwicklung des Lohnsystems soll eine Sparübung stattfinden: Das ist ein schwieriges Signal, auch wenn die beiden Themen nicht zusammenhängen.»

Natürlich sind nun Massnahmen zu prüfen, aber für Beschlüsse ist es noch zu früh, wie Spalinger betont. «Wir müssen einen kühlen Kopf bewahren, denn wir wissen nicht, wie sich die Situation entwickelt. Die Zukunft ist unklarer als auch schon. Die SBB hat in den letzten Jahren mit ihren Sparübungen die Mitarbeitenden schwer belastet und das Unternehmen an seine Grenzen gebracht. Aufgrund dieser Erfahrung sind wir bereit mitzudenken, wie intelligent gespart werden kann. Aber einen Schnellschuss zuzulasten des Personals wollen wir nicht.»

BUNDESHILFE FÜR DEN ÖFFENTLICHEN VERKEHR

Fernverkehr geht leer aus

SEV Die Coronakrise brachte und bringt den Unternehmen des öffentlichen Verkehrs hohe Ertragsausfälle. Nun erhalten sie finanzielle Unterstützung vom Bund: Das Parlament hat das «Dringlichen Bundesgesetz über die Unterstützung des öffentlichen Verkehrs in der Covid-19-Krise» am 10. September verabschiedet. Erfreulich für den SEV: Der Nationalrat folgte dem Ständerat und dehnte die bundesrätliche Vorlage auf wichtige Bereiche aus: den touristischen Verkehr, den Ortsverkehr und den Autoverlad. «Wir begrüssen diese Ausweitung sehr», zeigt sich SEV-Präsident Giorgio Tuti erfreut. «Wir haben uns immer für eine Absicherung des gesamten öffentlichen Verkehrs eingesetzt. Denn in allen Sparten tragen unsere Mitglieder und deren Kolleg/innen mit viel Einsatz massgeblich zum öV-System Schweiz bei.»

Hingegen verwarf die bürgerliche Mehrheit im Nationalrat den Minderheitsantrag von Nationalrätin und SEV-Gewerkschaftssekretärin Edith Graf-Litscher, auch den

Fernverkehr in die Vorlage aufzunehmen. Man sei «im Gespräch mit der SBB», erklärte Verkehrsministerin Simonetta Sommaruga, und auch das Bundesamt für Verkehr (BAV) sei «zum Schluss gekommen, dass es im Bereich des Fernverkehrs keine zusätzliche Unterstützung braucht». Die SBB habe mit den Gewinnen, die sie in den letzten Jahren gemacht habe, diese Situation im Griff.

Ob dem tatsächlich so ist, bleibt für den SEV allerdings fraglich angesichts des Halbjahresverlusts in der Höhe von 479 Millionen Franken, den die SBB kommuniziert hat (siehe oben). Der SEV befürchtet, dass nun das Personal unter Druck gerät.

«Wir werden uns mit allen Mitteln dafür einsetzen, dass allfällige Sparübungen nicht auf dem Rücken der Mitarbeitenden ausgetragen werden», betont Giorgio Tuti. «Mitarbeitende, die notabene mit ihrer wertvollen Arbeit auch unter diesen schwierigen Umständen die Schweiz zusammengehalten haben.»

PROTESTVERSAMMLUNG LUFTVERKEHR

Stopp Sozialabbau

Elisa Lanthaler
elisa.lanthaler@sev-online.ch

1500 Mitarbeitende haben am Flughafen Zürich gegen die massiven Angriffe auf ihre Löhne und Arbeitsbedingungen protestiert. Der Kampf gegen Sozialabbau geht nun am Verhandlungstisch weiter.

«Mit diesem Protest zeigen wir den Firmen die rote Karte. Die rote Karte wegen der Erhöhung der Wochenarbeitszeit, noch mehr Flexibilität und noch tieferen Löhnen», wendet sich Philipp Hadorn, Präsident von SEV-GATA, an die Protestierenden am Flughafen Zürich. Das Bodenpersonal ist dem Aufruf der Gewerkschaften in grosser Zahl gefolgt: Mehr als 1500 Mitarbeitende in Genf und über 1500 in Kloten wehrten sich am 11. September gegen den drohenden Sozialabbau: Bei Swiss wie auch Swissport sollen die Personalkosten um 15 Prozent gesenkt werden, die Massnahmen zielen dabei auf Löhne, Altersvorsorge, Arbeitszeiten und sogar auf die Sozialpläne (siehe SEV-Zeitung 12/2020). Pierre-Yves Maillard, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), sicherte den Anwesenden die Solidarität der ganzen Gewerkschaftsbewegung zu: «Die Angestellten hier haben bereits so schwierige Arbeitsbedingungen und tiefe Löhne. Ihnen noch mehr zu nehmen, ist absolut inakzeptabel.»

Mit seinem grossen und lauten Protest hat das Personal gezeigt, dass es drastische Spar- und Kostensenkungsprogramme auf dem Rücken der Mitarbeitenden nicht hinnehmen wird. Diesen Kampf führt SEV-GATA nun am Verhandlungstisch weiter: «Wir werden weiterhin alles dafür geben, dass die Arbeitsbedingungen und Jobs unserer Mitglieder erhalten bleiben», stellt Philipp Hadorn klar.

Bei Swissport fand die nächste Verhandlungsrunde bereits am Dienstag, 22. September statt. «Wir verlangen mehr Transparenz von Swissport und haben deshalb Informa-

tionen zu laufenden Vertragsverhandlungen gefordert», erklärt Gewerkschaftssekretärin Regula Pauli. SEV-GATA wolle sicherstellen, dass die Verschlechterungen wirklich nötig sind und die Krise nicht vorgeschoben werde, um Abbaumassnahmen und Sparpakete durchzusetzen, die bei Swissport schon länger in der Schublade liegen. Swissport willigte in diesen Vorschlag ein. Bis die Verträge zwischen Swissport und ihren Kunden unterzeichnet sind, werden die GAV-Verhandlungen unterbrochen. «Wir haben bis dahin aber weitere Termine vereinbart, unter anderem um eine gemeinsame Definition der Krise zu finden», präzisiert Pauli. Eines steht jedoch fest: «Die drei Varianten, die Swissport uns als letztes Angebot unterbreitet hat, können wir unseren Mitgliedern, die bereits mit dem Rücken zur Wand stehen, nicht zumuten. Die Verschlechterungen sind viel zu massiv.»

Bei der Swiss gehen die Verhandlungen Ende September in die nächste Runde. «Aufgrund der Bundeshilfe in Milliardenhöhe stellt sich die Frage, ob Einsparungen beim Personal über 15 Prozent für die Airline überhaupt zwingend nötig sind», erklärt Philipp Hadorn. Die Swiss beteuerte jedoch gegenüber SEV-GATA, dass die Auflagen des Bundes sie zu diesen Sparmassnahmen zwingen würden – um dann aber zurückzukreuzen: Den Bund treffe keinerlei Schuld an Kostensenkungsmassnahmen, legte die Swiss kürzlich in einer internen Kommunikation dar. «Die Swiss widerspricht damit ihren eigenen Behauptungen, die sie uns gegenüber gemacht hat. Es geht nicht, uns mit falschen Angaben irrezuführen», stellt Hadorn klar. Klärung fordert SEV-GATA noch in einem weiteren Punkt: Gevisse Vorgesetzte setzen sich bewusst über die vereinbarte Vorankündigungsfrist von Kurzarbeit hinweg. «Wir haben bisher mit Goodwill versucht, lösungsorientiert die gemeinsame Verantwortung in der aktuellen Krise wahrzunehmen. Doch dieses Vertrauen ist aktuell stark infrage gestellt», so Hadorn.



Das Personal wehrt sich gegen die Angriffe auf Löhne und Arbeitsbedingungen.



Rund 1500 Angestellte, Angehörige und solidarische Kolleg/innen protestierten am 11. September am Flughafen Zürich.



In Genf protestierten 150 Menschen.



Alle an die Demo: Die Mitarbeitenden folgten dem Aufruf der Gewerkschaften zahlreich.



Beifall für die Redner, Buh-Rufe und Pfiffe für die Sparpläne der Unternehmen.

Am Montagmorgen besetzten mehrere hundert Menschen aus der **Klimabewegung** den Bundesplatz in Bern. Sie protestierten damit gegen das politische und wirtschaftliche System, das für die Klimakrise verantwortlich ist. Mit Zelten errichteten Klimaaktivist*innen aus der ganzen Schweiz ein Klimacamp. Dieses bildete den Auftakt der Aktionswoche **«Rise Up for Change»**.

Weil die Klimakrise bereits heute durch Waldbrände, Heuschreckenplagen, Extremwetter und Hitzesommer Menschen vertreibt und tötet, hat sich die Klimabewegung entschlossen, zum Mittel des massenhaften zivilen Ungehorsams zu greifen. Sie fordert «die Reduktion der Treibhausgasemissionen auf netto null bis spätestens 2030 und Klimagerechtigkeit».

Die Klimabewegung lädt die ganze Bevölkerung dazu ein, sich dem Protest gegen die Klimakrise anzuschliessen.

Die letzte SRG-Umfrage zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 27. September zeigt, dass der Ausgang vor allem bei den Kinderabzügen noch völlig offen ist. Aber auch bei anderen Vorlagen liegt durchaus noch eine Überraschung drin – drum zählt jede Stimme! Der zweiwöchige bezahlte **Vaterschaftsurlaub**, den der SEV zur Annahme empfiehlt, hat leicht an Boden verloren, kommt aber immer noch auf rund 60% der Stimmen. Der SEV engagiert sich auch **gegen die Kinderabzüge bei der direkten Bundessteuer** von 6500 Franken pro Kind beim Vermögen und zusätzlich bis 11 000 Franken pro Kind für familienexterne Betreuung; Davon profitieren in erster Linie Gutsituierte, und es ist mit Steuerausfällen von über 300 Mio. Franken/Jahr zu rechnen. Die Umfrage ergab ein hauchdünnes Nein von 52%. Von besonderer Bedeutung für den SEV ist ein Nein zur **Begrenzungsinitiative bzw. Kündigungsinitiative** der SVP, weil sie vor allem die wichtigen flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit im Visier hat. Von den Befragten gaben 63% an, Nein zu stimmen. Bei der **Kampfflugzeug-Beschaffung** haben die Befürworter/innen mit 56% weiterhin die Nase vorn.